

**SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST**

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

2/77/246

Bonn, den 23. Dezember 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Vor 20 Jahren	101

Beginn des Freiheitskampfes um Berlin

Von Kurt Mattick, MdB,  
Landesvorsitzender der SPD Berlin

3	Der Frieden eine Chance!	40
---	--------------------------	----

Auftrag der freien Arbeiterbewegung  
Erinnerung an einen Aufruf vor 50 Jahren

4 - 5	Mit guten Wünschen nicht mehr gedient (I)	88
-------	---	----

Die Sorgen der Gemeinden  
Eine kritische Analyse von Klaus Rusticus

6	Griechenlands Deutschlandbild im Jahre 1965	47
---	---	----

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

\*\*\*\*\*  
Zur Weihnachtsfest wünschen wir  
unsere Abonnenten, Freunden und  
Mitarbeitern alles Gute.

SPD-PRESSEDIENST-GmbH

Redaktion und Verlagsleitung  
\*\*\*\*\*

Vor 20 Jahren

Beginn des Freiheitskampfes um Berlin

Von Kurt Mattick, MdB  
Landesvorsitzender der SPD Berlin

Vor zwanzig Jahren begann der Freiheitskampf um Berlin, der bis heute nicht beendet ist. Obwohl die Sowjetunion weiß, daß Berlin für die USA und die anderen westlichen Schutzmächte ein ernstgemeintes Engagement in Europa ist, bleibt ihr Bemühen bestehen, das freie Berlin schrittweise einer Lösung in ihrem Sinne entgegenzubringen. Die Trennung von der Bundesrepublik ist für sie dabei von großer politischer Bedeutung. Wir halten es für notwendig, die Ereignisse, deren Beginn jetzt zwanzig Jahre zurückliegt, in Erinnerung zu bringen.

Genau vor zwanzig Jahren wurden viele Sozialdemokraten in Berlin und in der sowjetisch besetzten Zone von der Nachricht überrascht, daß sich eine sogenannte Sechzigerkonferenz - bestehend aus 30 führenden Sozialdemokraten und 30 führenden Kommunisten - am 20. und 21. Dezember 1945 mit der Vereinigung der beiden Parteien beschäftigt hat. Diese Konferenz war der Auftakt zur Zwangsvereinigung zwischen SPD und KPD in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, die dann im April 1946 vollzogen wurde.

Als sich die sowjetische Führung davon überzeugen mußte, daß weder in Ungarn, noch in Österreich, noch in Deutschland die kommunistischen Parteien ausreichenden Boden unter die Füße bekamen, um sich ohne die immerwährende terroristische Hilfe der Besatzungsmacht durchzusetzen, wurde zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und der damaligen Ulbrichtgruppe die Liquidierung der SPD in Deutschland als wichtigste Voraussetzung einer kommunistischen Vormacht in Deutschland erkannt.

Im Mai/Juni 1945 hatten die Kommunisten in Deutschland die Neugründung einer gemeinsamen Arbeiterpartei ausdrücklich abgelehnt. Die Sowjets glaubten, daß unter dem Alpdruck des Zusammenbruchs und angesichts der sowjetischen Besatzungsmacht die Mehrheit der Arbeiter den Kommunisten in die Arme laufen würde. Außerdem legten sie Wert darauf, daß die Kommunisten erst alle Schlüsselstellungen allein besetzten. Sie waren dann von der demokratischen Grundhaltung der Arbeiterschaft und der Bereitschaft zum Widerstand gegen jede neue Diktatur überrascht. Die Wahlen in Ungarn und Österreich im November 1945 setzten einen Schlußstrich unter die für die Sowjetunion bittere Erfahrung.

So wurde die Kommunistische Partei in Deutschland beauftragt, die Sozialdemokratische Partei zu liquidieren. Der Zentrallausschuß der SPD unter Führung von Otto Grotewohl wehrte sich zwar zunächst heftig. Indem man sich aber auf die Sechzigerkonferenz einließ, wurde der erste Schritt zur Kapitulation getan. In seinem Referat auf dieser Konferenz hat Grotewohl den Kommunisten noch sehr deutlich an einer Vielzahl von Beispielen nachgewiesen, daß das Zusammenspiel der sowjetischen Besatzungsmacht mit der Kommunistischen Partei in Deutschland eine gleichberechtigte freie Entfaltung der SPD oder anderer Parteien neben der Kommunistischen Partei verhinderte. Aber er stand schon auf schwankendem Boden, als er versuchte, zwischen Diktatur und Demokratie einen Kompromiß zu finden. "Die Frage", so sagte er, "Demokratie und Partei ist verschieden von der Frage Demokratie und Diktatur des Proletariats. Man kann die Diktatur des Proletariats bejahen, ohne die Demokratie und die freie Diskussion in der Partei verneinen zu müssen."

In einem Zehn-Punkte-Programm, das die Sozialdemokraten den Kommunisten in dieser Konferenz vorlegten, kam die wirkliche Lage der Sozialdemokraten in der Zone zum Ausdruck. Überall, so wurde festgestellt, ist die KPD ein verlängerter Arm der sowjetischen Besatzungsmacht und ist bemüht, im Schutz dieser in allen Verwaltungsorganen beherrschend zu sein. "Die KPD", so heißt es darin, "handelt vielfach nicht im Geiste der von ihr selbst bekundeten demokratischen Grundsätze und der vereinbarten guten Zusammenarbeit." Es mehren sich die Zeugnisse eines undemokratischen Drucks auf Sozialdemokraten.

Einen Ausweg hatte sich Grotewohl noch offen gelassen: Im Punkt 7 heißt es: "Schon jetzt macht der Zentralausschuß der SPD darauf aufmerksam, daß die SPD vor der Bildung der SPD im ganzen Reich und ihrer ungehinderten Entfaltung und vor der ordnungsgemäßen Wahl ihrer Instanzen durch eine Reichskonferenz bzw. einen Reichsparteitag keine verbindlichen Erklärungen über die Zusammenarbeit, die Herausgabe gemeinsamer Wahlprogramme und die Aufstellung gemeinsamer Wahllisten in der englischen, amerikanischen und französischen Besatzungszone abgeben kann und will."

Trotz all dieser Einwände endete die Sechzigerkonferenz mit einer Entschlieung, in der die organisatorische Einheit von Kommunisten und Sozialdemokraten als nationale Notwendigkeit und wichtigster Schritt der nächsten Phase angesehen wurde. Die Sechzigerkonferenz löste einen unerwartet starken Widerstand in der Sozialdemokratischen Partei gegen die Zwangsvereinigung in der ganzen Zone aus. Sechs Monate Erfahrungen reichten aus, um zu erkennen, daß die kommunistische Führung, die mit der sowjetischen Siegermacht nach Deutschland gekommen war, letztlich die Methoden fortsetzte, gegen die sich die deutsche Arbeiterbewegung immer zur Wehr gesetzt hatte.

So entstand in Berlin das Widerstandszentrum gegen die Zwangsvereinigung. Zur gleichen Zeit setzte im sowjetisch besetzten Gebiet der nackte Terror gegen alle Sozialdemokraten ein, die sich der Zwangsvereinigung widersetzen. Das erinnerte an übelste Zeiten der jüngsten Vergangenheit.

Auf dem ersten sozialdemokratischen Parteitag im Mai 1946 in Hannover zog Kurt Schumacher den Schlußstrich unter die Phase von der Sechzigerkonferenz bis zur Liquidierung der SPD in der Zone. Er sagte u.a.

- \* "In Deutschland wollen die Menschen Demokraten sein, und man erlaubt es ihnen nicht.
- \* Wir im Westen lassen uns nicht dumm machen. Die Genossen im Osten hätten sich auch nicht dumm machen lassen, aber sie sind stumm gemacht worden.
- \* Wir hoffen auf den Tag des internationalen Ausgleichs, wo innerhalb der deutschen Grenzen jeder nach seiner freien Erkenntnis und freien Meinung sich seine freie politische Partei wählen kann."

Der Widerstand in Berlin wurde in enger Zusammenarbeit mit Kurt Schumacher und dem Parteivorstand in Hannover organisiert. Das Jahr 1946 stand im Zeichen dieses Kampfes. Hervorragende Ereignisse waren:

- \* 1. März - Funktionärsversammlung im Admiralspalast,
- \* 31. März - Urabstimmung,
- \* 7. April - Parteitag zur Neugründung der SPD in Berlin,
- \* 20. Oktober - einzige freie Wahlen in ganz Berlin.

Dieser Freiheitskampf in Berlin, der seinen Höhepunkt im Widerstand gegen die Blockade 1948/49 hatte, begründete das Bündnis mit den Westmächten. Wir deutschen Sozialdemokraten haben mit dem Kampf um Berlin eine geschichtliche Leistung erbracht: ohne sie wäre die westdeutsche Entwicklung nicht möglich gewesen.

Dem Frieden eine Chance !

Auftrag der Freien Arbeiterbewegung

"Wir wünschen, daß der erste entscheidende Schritt zur Beendigung des furchtbaren Krieges von Deutschland ausgeht", erklärte Philipp Scheidemann im Dezember 1915 im Auftrag der SPD-Reichstagsfraktion.

Seitdem sind 50 Jahre vergangen. Dennoch ist die Sozialdemokratie ihrer Politik des Friedens treu geblieben. Sie erfüllt damit ein Vermächtnis, das von Anbeginn ihrer Geschichte das Prinzip ihres Handelns ist.

Es verwundert keineswegs, daß die organisierten Arbeitnehmer in Kriegen die verhaßtesten aller Staatsaktionen erblicken. Möchten Unterdrückung der Menschenwürde und Ausbeutung auch noch so tief erlebt worden sein, gegenüber dem Blutzoll besonders des Volkes bedeuteten sie oft nur das "kleinere Übel".

Ebenso mußten die katastrophalen wirtschaftlichen Lasten verbittern, die vornehmlich auf den Schultern der arbeitenden Massen abgeladen wurden, während die Gewinne aus der Rüstungsindustrie in die Taschen weniger flossen. So schrieb im März 1918 eine Gewerkschaftszeitung:

- \* "Als Folge des Weltkrieges zeigt sich in Deutschland eine
- \* durchgreifende Verschiebung der Einkommens- und Vermögens-
- \* verhältnisse zugunsten der einen und zuungunsten der anderen Volksschichten!"

Der durch gewaltsame Eruptionen zwischen Staaten bedingte sittliche und moralische Verfall fand gleichfalls harte Worte der Anklage. "Nicht ein Jungbrunnen der Völker" ist der Krieg gewesen, sondern er hat die brutalsten barbarischen Instinkte entfesselt."

Unter diesen Umständen war es geradezu zwingend, daß die Freie Arbeiterbewegung den Krieg als schweres Hindernis zur Errichtung einer menschenwürdigen und gerechten Gesellschaftsordnung brandmarkte. Der Kampfruf "Krieg dem Kriege" war daher nicht nur Ausdruck eines zutiefst empfundenen humanitären Denkens, sondern reflektierte gleichermaßen die Vision von dem untrennbaren Zusammenhang zwischen außenpolitischem Friedensziel und sozialdemokratischem Gesellschaftsziel.

Daran hat sich nichts geändert. Auch in Zukunft wird für die SPD die Bewahrung des Friedens der Maßstab ihrer Entscheidungen sein. Das Weihnachtsfest 1965 gibt Veranlassung, dies erneut festzustellen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik darf sich fest darauf verlassen: wann und wo auch immer der Friede eine Chance hat, wird die Deutsche Sozialdemokratie mutig und besonnen ihr den Weg ebnen.

Von Dr. Manfred Geßner

Mit guten Wünschen nicht mehr gedient (I)

### Die Sorgen der Gemeinden

Eine kritische Analyse von Klaus Rusticus

Die zwanzigjährige Arbeit der Kommunen und Landkreise ist einer der wichtigsten Zeitabschnitte in der bundesrepublikanischen Demokratie. Als gern zitierte Keimzellen des neuen demokratischen Lebens ward ihnen schon kurze Zeit nach der totalen Niederlage aufgetragen, ihre Bürger zur demokratischen Selbstverwaltung und Mitverantwortung aufzurufen. Von der Millionenstadt bis zur kleinsten Landgemeinde drang dieser Ruf, und was in diesen zwanzig Jahren nach Kriegsende in Westdeutschland geleistet worden ist, entwickelte sich von unten nach oben. Vom Gemeindeparlament zur Landes- und Bundesregierung. Zwanzig Jahre nach Kriegsende aber wurde den Kommunen aus Bonn der konzentrierte Vorwurf gemacht, durch ihre gezielte Investitionspolitik ein gerütteltes Maß Schuld an der allgemeinen Finanzmisere auf sich geladen zu haben. An der Schwelle des Jahres 1966 müssen sich Kommunal- und Kreisparlamente nunmehr ernsthaft fragen, ob ihr in den letzten zwanzig Jahren bewiesener demokratischer Aufbauwille nicht von den Regierenden in Bonn zur absoluten Farce gestempelt und ihre ehrenamtliche Mitarbeit am demokratischen Aufbau der Bundesrepublik völlig missverstanden wurde.

#### 25 Milliarden DM Schulden stehen in Gemeindehaushalten

Die angespannte Lage der westdeutschen Städte konnte vor Deutscher Städtetag nicht besser als mit folgenden Zahlen beleuchtet werden:

- \* Die Städte sind heute mit ca. 25 Milliarden DM verschuldet.
- \* Der Anteil der Städte an den Gesamtsteuereinnahmen ging von 14,6 Prozent im ersten Halbjahr 1960 auf 12,9 Prozent im gleichen Zeitraum 1965 zurück.
- \* Der Städtetag errechnete einen Investitionsbedarf der Gemeinden von rund 216 Milliarden DM für die Zeit von 1966 bis 1975.
- \* Die Ausgaben der Gemeinden dürften 1966 um durchschnittlich 8,3 Prozent steigen, wobei die Investitionshaushalte ausgeklammert werden müssen.
- \* Die Steigerungsquote auf der Einnahmeseite hingegen dürfte bei ca. 2,5 Prozent liegen.

Diese Zahlen spiegeln nur insofern das finanzpolitische Dilemma der Gemeinden wider, als ihre prekäre Situation mit der angespannten Finanzlage des Bundes und der Länder verglichen werden kann. Man sollte sich in diesen Zusammenhang mit der nüchternen Feststellung begnügen, daß sich trotz allem die zu erwartende Steigerung des Sozialprodukts für 1966 im Bundeshaushalt und in

den Länderhaushalten verhältnismäßig noch bedeutend günstiger niederschlägt als in den Gemeindekassen.

#### Den Letzten beißen noch immer die Hunde

Es wäre falsch, nunmehr zu folgern, daß die süßesten Früchte nur die Großen ernten. Für den Bund wurden sie diesmal sauer, was nicht etwa aussagen soll, daß sie nicht hätten schmackhafter sein können.

Noch saurer wurden sie für manches Bundesland, aber für fast jede Gemeinde gilt das Sprichwort, daß den Letzten noch immer die Hunde beißen. Generell sind die Länder nicht in der Lage, den Gemeinden mehr als bisher unter die Arme zu greifen. Sie müßten sogar an eine Reduzierung ihrer Schlüsselzuweisungen denken.

#### Wie soll es in den nächsten Jahren weitergehen?

Die retardierenden Erscheinungen vor allem in der westdeutschen Schwerindustrie werden die Gewerbeertragssteuern der Gemeinden z.B. erheblich schmälern. Gerade diese Steuereinnahme ist für viele Gemeinden die wichtigste überhaupt. Der Fortfall der Zweigstellensteuer für Wareneinzelhandelsunternehmen, deren Verfassungsmäßigkeit vom Bundesverfassungsgericht laut Urteil vom 13. 7. 1965 abgesprochen wurde, beeinträchtigt von Fall zu Fall nicht geringer die Kommunalhaushalte.

Soll aber ein abschnittsweise zu verwirklichendes Vorhaben, dessen Finanzierung, wie z.B. bei dem Millionenprojekt eines neuen Krankenhauses, durch mehrere Jahreshaushalte läuft, nicht als Torso steckenbleiben, dann ist eine Stadt heute ganz einfach gezwungen, noch viel teurere Kredite aufzunehmen.

Auf der anderen Seite müssen Regierungspräsidenten darüber wachen, daß der Schuldendienst aufgrund von aufgenommenen Darlehen für sogenannte unrentierliche Zwecke in einen tragbaren Verhältnis zu den veranlagten Deckungsmitteln des kommenden Jahres steht. In der Regel soll der Schuldendienst 15 Prozent der Deckungsmittel nicht überschreiten.

#### Eine ausgesprochene Milchmädchenrechnung

Man kann es nicht besser überschreiben, denn hier wird nüchterne Finanzpolitik zur Moral oder - noch besser - zur demokratischen Ethik. Hätten die Kommunen wirklich überall aus dem Vollen gewirtschaftet, dann hätten sie gewiß so manches Vorhaben durch summarische Kreditaufnahme schneller finanzieren können. Dem Verhältnis zum Einnahmenvolumen entsprechend aber beschlossen sie (wie es in der kommunalen Selbstverwaltung praktikabel ist) in einem Haushaltsjahr ein Projekt und riefen Kredite von Jahr zu Jahr ab. Damit wird einmal durch klare Beweise jene simple Theorie entkräftet, die Kommunen hätten durch rigorose Schuldenaufnahme zur Finanzierung ihrer Investierungshaushalte für eine höchst ungesunde Konjunkturüberhitzung gesorgt.

Dadurch wird aber auch der nunmehr kategorischen Milchmädchenrechnung der I-Punkt insofern aufgesetzt, als die Bundesregierung gemeinsam mit der Bundesbank zur Sparsamkeit aufruft und diesen Appell auch sofort zu einer geradezu diktatorischen Konzeption macht: Durch eine höchst ungerechte Anhebung des kommunalen Schuldendienstes als Folge teurer Kredite dreht man den Gemeinden den Finanzhahn ab.

WIRD FORTGESETZT

Griechenlands Deutschlandbild im Jahre 1965

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Das Interesse der griechischen Öffentlichkeit an der Entwicklung in der Bundesrepublik ist trotz der vielfältigen und bedeutungsvollen griechischen innenpolitischen Geschehnisse sehr groß. Überhaupt widmet die griechische Presse den deutschen Verbündeten aufgrund der beiderseitigen Partnerschaft auf wirtschaftlichem Sektor und der langjährigen guten politischen Beziehungen einen beachtenswerten Platz.

In diesem Jahr waren es aber, über den bilateralen Charakter der Beziehungen der beiden Völker zueinander hinaus, allgemeinere Motive, die Bonn in den Vordergrund der außenpolitischen Kommentare der griechischen Presseorgane stellten. Die Krise in der EWG, in der Griechenland assoziiertes Mitglied ist, war Anlaß zu einer Analyse der deutschen Politik in Zusammenhang mit der Zukunft der Gemeinschaft. Darüberhinausgaben die Position Frankreichs der NATO gegenüber und die Überlegungen zu einer Reformierung des Nordatlantikkpaktes einen weiteren Anstoß zu einer grundsätzlichen Untersuchung des deutschen Standpunktes für den Fall einer neuen europäischen Konstellation. Aber der Punkt, auf den sich das Interesse der gesamten griechischen Presse konzentrierte, waren die deutschen Bundestagswahlen vom 19. September, über die man sowohl vor den Wahlen als auch während der Verhandlungen zur Regierungsneubildung ausführliche Berichte aus Bonn brachte. Die konservative griechische Presse begrüßte das Wahlergebnis, während die Zeitungen der Mitte betonten, daß die Sozialdemokratie zum ersten Mal in der neueren deutschen Geschichte einen so hohen Prozentsatz erreichen konnte.

So wie das Problem der atomaren Verteidigung Westdeutschlands die griechische Presse beschäftigt, so finden die Vorstellungen der deutschen Regierung und Opposition in Bonn ihren Nachhall in Athen. Die Berlin-Frage taucht in den Kommentaren nicht zuletzt immer wieder deshalb auf, weil griechische Politiker auch im Jahre 1965 die deutsche Hauptstadt besuchten und über die Situation des tragisch geteilten Staates in Griechenland berichteten.

Ein anderer Faktor, der ständig die Aufmerksamkeit der griechischen öffentlichen Meinung auf Deutschland lenkt, ist die große Zahl der Landsleute, die in der Bundesrepublik leben. Gastarbeiter, Studenten und Wissenschaftler bilden eine große Gemeinde mit ca. 200 000 Mitgliedern. Diese Welt mit ihren eigenen Problemen, ihren Anforderungen und Leistungen ist tatsächlich eine dauerhafte Brücke, auch in den Zeiten, in denen wegen der starken Belastung der einheimischen Presse mit innenpolitischen Fragen das Interesse für die Weltpolitik nachläßt. Auch in diesen Perioden bietet die Existenz der Griechen in Deutschland - ihre Geldüberweisungen, ihre Entwicklung in friedlichen Gemeinden, ihre soziale Fürsorge, ihre Berufsausbildung und die Perspektiven der späteren Auswertung ihren Erfahrungen in Griechenland - ständig Stoff zur Berichterstattung und einen lebendigen Grund zur Annäherung der griechischen Realität an das deutsche Gedankengut.